

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Wohnungsprostitution

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1041 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, überall dort, wo bekannt wird, dass es im Stadtgebiet auch zu Wohnungsprostitution kommt, sofort zu überprüfen, ob im konkreten Fall Minderjährige der Prostitution nachgehen. Außerdem ist das Hilfs- und Beratungsangebot für Frauen, die die Prostitution aufgeben wollen, zu intensivieren.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Bayer
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Wohnungsprostitution, 101.17.1041, wird
abgelehnt.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin